

**Muster eines Ausbildungsvertrages für Verwaltungsfachangestellte
mit Tarifbindung im Bereich des TVöD**

(optionale Textstellen sind in Schriftfarbe Grün notiert)

Ausbildungsvertrag

zwischen

vertreten durch _____

Anschrift: _____

(als Ausbildende/r)

und

(Frau/Herrn) _____

wohnhaft in: _____

geboren am: _____

(als Auszubildende/r)

wird unter Zustimmung der/des gesetzlichen Vertreterin/-s¹,

(Frau/Herrn) _____

wohnhaft in _____

(Frau/Herrn) _____

wohnhaft in _____

vorbehaltlich nachstehender Bedingung/-en²:

folgender Ausbildungsvertrag geschlossen:

§ 1 Ausbildungsziel und Ausbildungsordnung

(1) Die/Der Auszubildende wird in dem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf einer/eines **Verwaltungsfachangestellten, Fachrichtung Kommunalverwaltung** ausgebildet.

(2) Die Ausbildung richtet sich in Durchführung und Ausbildungsplan nach der Verordnung über die Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten/zur Verwaltungsfachangestellten vom 19. Mai 1999, BGBl I S. 1029 i. V. m. der Hessischen Verordnung über die Berufsausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten vom 26. Juli 1999, StAnz. S. 2458.

Ein sachlich und zeitlich detaillierter Ausbildungsplan gemäß der vorgenannten Rechtsgrundlage ist Bestandteil dieses Vertrages und im Anhang beigelegt.

(3) Die Zwischen- und Abschlussprüfung richten sich neben den Anforderungen aus der o. g. Ausbildungsordnung nach:

- den Grundsätzen für die Durchführung von Zwischenprüfungen im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte“ vom 10. April 2000, StAnz. S. 1296, in der jeweils gültigen Fassung,
- der Prüfungsordnung für die Durchführung von Abschlussprüfungen in dem Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellter / Verwaltungsfachangestellte“ vom 30. Mai 2025, StAnz. 26/2025 S. 690, in der jeweils gültigen Fassung.

§ 2 Ausbildungsdauer³ und Probezeit

(1) Die Ausbildung beginnt am _____ und endet am _____.

(2) Die ersten drei Monate der Ausbildung sind Probezeit. Wird die Ausbildung während der Probezeit um mehr als ein Drittel unterbrochen, verlängert sich die Probezeit um den Zeitraum der Unterbrechung.

§ 3 Bindung an Berufsbildungsgesetz, Tarifrecht und Dienst- und Betriebsvereinbarungen

Das Arbeitsverhältnis bestimmt sich nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 16. April 2025, BGBl. I Nr. 117, in seiner jeweils gültigen Fassung sowie nach den Vorschriften der Tarifverträge für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) - Allgemeiner Teil und Besonderer Teil BBiG -, beide vom 13. September 2005, sowie den diesen ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträgen in der für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) jeweils geltenden Fassung, soweit nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt ist. Außerdem finden die bei dem Auszubildenden geltenden Dienst- bzw. Betriebsvereinbarungen nach Maßgabe ihres jeweiligen Geltungsbereichs in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 4 Pflicht zum Besuch anderer Ausbildungsstellen

(1) Die Ausbildung erfolgt örtlich in der eingangs genannten Ausbildungsstelle sowie in folgender/-n Außenstelle/-n⁴:

(Bezeichnung und Anschrift)

(Bezeichnung und Anschrift)

(2) Die/Der Auszubildende ist verpflichtet, die zuständige Berufsschule

Name und Ort, ggfs. Anschrift

regelmäßig und pünktlich zu besuchen und auch an anderen Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte teilzunehmen, für die sie/er vom Ausbildenden freigestellt ist:

- An der Dienstbegleitenden Unterweisung (DU) bei der Verwaltungsakademie Hessen, im Verwaltungsseminar _____
Ort

ggfs. Anschrift

....

§ 5 Schriftlicher Ausbildungsnachweis⁵

Die/der Auszubildende ist verpflichtet, einen

☐

schriftlichen

☐

elektronischen

Ausbildungsnachweis gemäß den jeweils aktuellen Vorgaben des Berufsbildungsausschusses zu führen.

§ 6 Tägliche Ausbildungszeit

Die regelmäßige durchschnittliche wöchentliche Ausbildungszeit und die tägliche Ausbildungszeit richten sich nach den für die Beschäftigten des Ausbildenden maßgebenden Vorschriften über die Arbeitszeit. Sie beträgt zurzeit durchschnittlich 7,8 Stunden/täglich.

§ 8 Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) bleibt unberührt.

§ 7 Ausbildungsentgelt

(1) Die/Der Auszubildende erhält ein monatliches Ausbildungsentgelt gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 TVAöD-BBiG. Es beträgt zurzeit

| | |
|----------------------------|-------------|
| im ersten Ausbildungsjahr | xxxxx Euro, |
| im zweiten Ausbildungsjahr | xxxxx Euro, |
| im dritten Ausbildungsjahr | xxxxx Euro, |

und passt sich ohne Vertragsänderung den jeweils aktuellen Tarifvereinbarungen an.

Das monatliche Ausbildungsentgelt ist zu demselben Zeitpunkt auszuführen wie das den Beschäftigten des Ausbildenden gezahlte Entgelt. Es ist spätestens am letzten Ausbildungstag des Monats (Zahltag) für den laufenden Kalendermonat auf ein von der/dem Auszubildenden benanntes Konto im Inland zu zahlen.

(2) Eine Vergütung oder Ausgleich von Überstunden erfolgt nach den jeweils aktuell gültigen Betriebsvereinbarungen. Alternativ: Eine Vergütung von Überstunden ist nicht vereinbart, der Ausgleich erfolgt im Rahmen der jeweils gültigen Betriebsvereinbarungen, insbesondere der Gleitzeitregelung.

(3) Unter den Voraussetzungen des § 14 TVAöD-BBiG haben Auszubildende einen Anspruch auf Jahressonderzahlung. Diese beträgt grundsätzlich derzeit 90 % des Ausbildungsentgelts nach § 6 Abs. 1 Satz 1, das der/dem Auszubildenden für November zusteht.

(4) Bei Beendigung des Ausbildungsverhältnisses aufgrund der erfolgreich abgeschlossenen Abschlussprüfung erhält die/der Auszubildende gemäß § 17 TVAöD-BBiG eine Abschlussprämie als Einmalzahlung in Höhe von derzeit 400,00 Euro. Die Abschlussprämie ist kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt. Sie ist nach Bestehen der Abschlussprüfung bzw. der staatlichen Prüfung fällig.

(5) Absatz 4 gilt nicht, wenn die/der Auszubildende ihre/seine Ausbildung nach erfolgloser Prüfung aufgrund einer Wiederholungsprüfung abschließt.

§ 8 Urlaubsanspruch⁶

Die/Der Auszubildende erhält Erholungsurlaub nach § 9 Abs. 1 und 3 TVAöD-BBiG. Hiernach beträgt der Erholungsurlaub zurzeit

| | | | |
|--------------|-----|------------|---------------------|
| vom _____ | bis | 31.12.202x | xx Ausbildungstage, |
| vom 1.1.202x | bis | 31.12.202x | xx Ausbildungstage, |
| vom 1.1.202x | bis | 31.12.202x | xx Ausbildungstage, |
| vom 1.1.202x | bis | _____ | xx Ausbildungstage. |

Der Urlaub ist möglichst zusammenhängend in der berufsschul-/seminarfreien Zeit zu nehmen.

§ 9 Kündigung des Vertrages

Der Ausbildungsvertrag kann nach Maßgabe des § 22 BBiG i. V. m. § 3 Abs. 2 und § 16 Abs. 4 TVAöD-BBiG gekündigt werden.

Alternativ: Der Ausbildungsvertrag kann nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 TVAöD – BBiG und des § 16 Abs. 4 TVAöD-BBiG gekündigt werden. Diese Tarifregelungen haben zurzeit folgenden Wortlaut:

§ 3 Abs. 2 TVAöD-BBiG:

Während der Probezeit kann das Ausbildungsverhältnis von beiden Seiten jederzeit ohne Einhalten einer Kündigungsfrist gekündigt werden.

§ 16 Abs. 4 TVAöD-BBiG:

Nach der Probezeit (§ 3) kann das Ausbildungsverhältnis unbeschadet der gesetzlichen Kündigungsgründe nur gekündigt werden

- a) aus einem sonstigen wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,
- b) vom Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen.

Die Kündigung muss schriftlich und in den Fällen des § 16 Abs. 4 TVAöD-BBiG unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen. Im Übrigen gilt § 22 BBiG.

§ 10 Übernahmeregung

Für eine Übernahme in ein Anstellungsverhältnis ist grundsätzlich § 16 a TVöD-BBiG in der zum Zeitpunkt des Bestehens der Abschlussprüfung geltenden Fassung zugrunde zu legen.

7 - Weitere Vertragspunkte

.....
(Ort, Datum)

.....
(Ort, Datum)

.....
(Ausbildende/-r)

.....
(Unterschrift Auszubildende/-r)

.....
(2. Unterschriftsbefugte/-r))

Die Gesetzlichen Vertreter
der/des Auszubildenden
(Falls nur ein Elternteil erziehungsberechtigt
ist, bitte vermerken!)

(Siegel)

.....
(Elternteil 1/Unterschrift – Vor- und Nachname)

.....
(Elternteil 2/ Unterschrift – Vor- und Nachname)

Ggfs.

.....
(Vormund/ Vor- und Nachname) (Unterschrift)

Hinweise zum Muster-Ausbildungsvertrag

Die im Muster in schwarzer Schrift gehaltenen Textpassagen beinhalten alle Pflichtvorgaben zum Vertragsinhalt aus § 11 BBiG, sie müssen inhaltlich korrekt, aber nicht identisch übernommen werden.

Ein sachlich und zeitlich über die gesamte Ausbildungsdauer festgelegter Ausbildungsplan ist Bestandteil des Vertrages, wird daher mit beidseitiger Vertragsunterschrift bestätigt und muss zeitgleich mit dem Vertrag ausgehändigt werden.

Neben einem BBiG-konformen Ausbildungsvertrag muss keine zusätzliche Niederschrift nach dem Nachweisgesetz angefertigt werden.

Der Vertrag ist gegen ein **separates Empfangsbekenntnis** (siehe Muster am Ende der Hinweise) dem/der Auszubildenden sowie ggfs. den Erziehungsberechtigten/Vormund auszuhändigen.

Hinweis: Der Empfang des Ausbildungsvertrages (der Ausbildungsverträge bei minderjährigen Auszubildenden) kann auch per Mail erfolgen. Hierbei müssen der Absender (Vertragspartner), der Gegenstand (Ausbildungsvertrag vom xxx) sowie die Erklärung (habe ich am xxxx erhalten) deutlich erkennbar sein.

Der Vertrag ist zeitnah nach Unterschrift, aber unbedingt vor Beginn der Ausbildung mit dem/den Empfangsbekenntnis/-sen der Zuständigen Stelle BBiG zum Eintrag in das Berufsausbildungsverzeichnis über das Serviceportal <https://hessendante.hessen.de/forms/findform?shortname=AzubisEintragung&formtecId=3&areashortname=RPGI> einzureichen. Bei minderjährigen Auszubildenden ist zusätzlich die Bescheinigung der medizinischen Erstuntersuchung beizufügen.

Zu Ziffer 1

Sind bei Vertragsabschluss mit Minderjährigen beide Elternteile erziehungsberechtigt, müssen beide benannt und beider Unterschriften eingeholt werden. Bei einzelnen Erziehungsberechtigten sollte der/die Auszubildende einen entsprechenden Nachweis einholen.

Zu Ziffer 2

Bedingungen für die Wirksamkeit des Vertrages sind in der Regel die Nachreichung von vereinbarten Unterlagen (Abschlusszeugnis, amtliches Führungszeugnis, Aufenthaltstitel, Bescheinigung der med. Erstuntersuchung nach dem JArbSchG, etc.)

Mit der Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten stehen Bedingungen, wie z. Bsp. die Verpflichtung zu einer Impfung oder der Beitritt zu einem örtlichen Verein in keinem Zusammenhang. Berufsfremde Bedingungen sind neben den Vorgaben des § 12 BBiG nichtig, die weiteren rechtlich korrekten Vertragsinhalte behalten ihre Wirksamkeit.

Zu Ziffer 3

Gemäß § 2 der VFA-Ausbildungsordnung beträgt die Ausbildungsdauer 36 Monate.

Nach §§ 7 und 8 BBiG ist bei einer geeigneten Vorbildung auf Antrag bei der Zuständigen Stelle BBiG eine Verkürzung der Ausbildungsdauer möglich. Der Antrag ist bis zum Ende der Probezeit zu stellen und bezieht sich in der Regel auf die Kürzung der Inhalte des 1. Ausbildungsjahres. Mit der Genehmigung ist ein bestehender Ausbildungsvertrag, incl. Plan, zu ändern und der Zuständigen Stelle BBiG mit dem/den Empfangsbekenntnissen vorzulegen.

Nach § 7 a BBiG ist die Ausbildung auch in Teilzeit möglich. Dies ist im Vertrag/Änderungsvertrag zu vereinbaren. Es ergibt sich bei der Teilzeitausbildung immer ein neues Ausbildungsende, da der %-Anteil der täglich/wöchentlich verkürzten Arbeitszeit nachgeholt werden muss. Der Vertrag/Änderungsvertrag und das/die zugehörigen Empfangsbescheinigungen sind der Zuständigen Stelle BBiG vorzulegen.

Zu Ziffer 4

Die Haupt-Ausbildungsstelle muss im Vertrag mit der Anschrift benannt werden. An dieser Stelle ist ein deutlicher Verweis auf Name und Anschrift im Kopfteil des Vertrages ausreichend.

Alle weiteren, im Ausbildungsplan vorgesehenen, örtlich von der Anschrift der Haupt-Ausbildungsstelle abweichenden Ausbildungsorte der praktischen Ausbildung müssen hier mit Bezeichnung und Anschrift aufgeführt werden.

Zu Ziffer 5

Der Ausbildungsnachweis ist von Beginn bis Ende der vereinbarten Ausbildungszeit zu führen und auf Verlangen der Zuständigen Stelle BBiG oder des zuständigen Prüfungsausschusses diesen vorzulegen.

Er kann in pc-gestützter schriftlicher Form oder elektronisch mit einer Software angefertigt werden. Die gewählte/neu gewählte Form ist schriftlich zu vereinbaren.

Der zuständige Berufsbildungsausschuss hat Regelungen zu Form und Inhalt des Nachweises erlassen, informieren Sie sich bitte unter <https://rp-giessen.hessen.de/karriere/die-zustaendige-stelle/verwaltungsfachangestellte-r>.

Zu Ziffer 6

Der Urlaubsanspruch wird immer für das Kalenderjahr und auf Basis des im Kalenderjahr gültigen, tariflich vereinbarten Jahresanspruchs berechnet.

Im 1. Ausbildungsjahr (regelmäßiger Beginn in der 2. Jahreshälfte) beträgt er $\frac{1}{12}$ des aktuellen Jahresanspruches x Anzahl der Ausbildungsmonate.

Im letzten Kalenderjahr (regelmäßiges Ende in der 2. Jahreshälfte) beträgt er im Umkehrschluss aus § 5 Abs. 1 c BUrlG mind. 20 Ausbildungstage, d. h., es muss eine Gegenrechnung erfolgen, da bereits mit Vertragsende 31.08. über die $\frac{1}{12}$ -Rechnung (z. Bsp. $\frac{31}{12} \times 8 = 20,66$ Tage, aufgerundet nach § 5 Abs. 2 = 21 Tage) ein günstigerer Wert vorliegt.

Zu Ziffer 7

Weitere Vertragsinhalte wie z. Bsp. die sogenannte „Salvatorische Klausel“ zur Nichtigkeit bzw. der Wirksamkeit anderer Vertragsbestandteile können aufgenommen werden. Ein Passus zu „Nebenabreden“ ist allgemein nicht ausgeschlossen, aber hierzu gibt es im Beruf der Verwaltungsangestellten bisher keinerlei Erfahrungswerte, worum es sich handeln könnte. Sollten ein Bedarf an Nebenabreden bestehen, sind diese konkret schriftlich auszuformulieren, vertraglich zu vereinbaren und mit einer separaten Kündigungsklausel zu versehen. In diesem Fall empfehlen wir dringend, die Rechtswirksamkeit der Nebenabrede im Vorfeld juristisch beurteilen zu lassen.

Muster für ein Empfangsbekenntnis

Hinweis: Rechtlich gibt es keine Formvorgabe, inhaltlich muss der empfangende Vertragspartner (Auszubildende bzw. Erziehungsberechtigte); der konkrete Vertrag und das Empfangsdatum konkret benannt sein. Bei minderjährigen Auszubildenden kann diese unterschreibbare Formularvariante auch um die Daten und Unterschriften für die Erziehungsberechtigten (ggfs. Vormund) ergänzt werden.

An
Anschrift der Ausbildungsbehörde

Empfangsbescheinigung

Ich, _____ (Vor- und Nachname), habe den
mit der/dem _____ (Ausbildende/-r)
am _____ (Vertragsdatum) abgeschlossenen Ausbil-
dungsvertrag zur Ausbildung im Berufsbild: Verwaltungsfachangestellte/-r
am _____ (Aushändigungsdatum) ausgehändigt
bekommen.

Datum

Unterschrift

Bitte beachten Sie auch unsere weiteren Informationen zur Ausbildung und Prüfung auf unserer o. g. Web-Seite.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Ihr Team der Zuständigen Stelle BBiG

beim
Regierungspräsidium Gießen
Dezernat 22
Landgraf-Philipp-Platz 1 – 7
35390 Gießen